

## **Gliederung:**

<b>A: Einleitung .....</b>	1
I. Einführung und Problemstellung .....	1
II. Vorgehensweise .....	4
III. Definitionen .....	5
1. Wettbewerbsrecht .....	6
2. Kartellrechtsbegriff .....	6
3. Industriepolitik .....	6
<b>B: Das Kartellrecht und die Kartellbehörden in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland sowie anderen EU-Mitgliedsstaaten .....</b>	7
I. Vorbemerkung .....	7
II. USA .....	8
1. Das materielle Recht im Überblick .....	8
2. Der institutionelle Aufbau .....	10
3. Die Zuständigkeit .....	12
4. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	13
5. Straf- und Zivilverfahren .....	19
6. Zwischenergebnis .....	20
III. Großbritannien .....	21
1. Das materielle Recht im Überblick .....	21
2. Der institutionelle Aufbau .....	23
3. Das Verfahren .....	23
4. Zwischenergebnis .....	27
IV. Frankreich .....	28
1. Das materielle Recht im Überblick .....	28
2. Der institutionelle Aufbau .....	30
3. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	31
4. Zwischenergebnis .....	34

<b>V. Deutschland .....</b>	<b>36</b>
1. Das materielle Recht im Überblick .....	36
2. Der institutionelle Aufbau .....	39
3. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	39
4. Zwischenergebnis .....	45
<b>VI. Überblick über das institutionelle Gefüge in weiteren ausgewählten Staaten .....</b>	<b>47</b>
1. Belgien .....	47
2. Niederlande .....	47
3. Italien .....	48
4. Griechenland .....	48
5. Irland .....	49
6. Österreich .....	49
7. Spanien .....	50
8. Weitere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union .....	50
9. Osteuropa .....	50
<b>VII. Zusammenfassung .....</b>	<b>51</b>
<b>C: Aufbau und Arbeitsweise der europäischen Kartellinstitutionen .....</b>	<b>52</b>
<b>I. Das materielle Recht im Überblick .....</b>	<b>52</b>
1. Kartellverbot und Mißbrauchsaufsicht (Art. 85 EGV und 86 EGV) ..	52
2. Die Fusionskontrollverordnung .....	55
3. Weitere wettbewerbsrechtliche Vorschriften i.w.S. ....	59
<b>II. Historische Entwicklung der Zuständigkeiten im Kartellrecht .....</b>	<b>60</b>
1. Ausgangslage bei Inkrafttreten der Römischen Verträge .....	60
2. Die Verordnung Nr. 17 .....	60
3. Neuerungen durch die Fusionskontrollverordnung .....	61
4. Das aktuelle institutionelle Gefüge .....	61
<b>III. Das Verfahren .....</b>	<b>63</b>
1. Das außergerichtliche Verfahren .....	63
2. Das gerichtliche Verfahren .....	73
<b>IV. Zusammenfassung .....</b>	<b>75</b>

<b>D: Kritik am institutionellen Aufbau im europäischen Kartellrecht .....</b>	<b>77</b>
<b>I. Kritik am derzeitigen institutionellen Aufbau .....</b>	<b>77</b>
1. Überlastung der Generaldirektion IV .....	77
2. Mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse .....	82
3. Unvereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip .....	84
4. Überwiegen industrie-politischer Entscheidungen .....	86
5. Die Kommission als allein maßgebliche Akteurin im Kartellrecht ....	88
6. Die Kommission als politisches Kollegialorgan (Sachkompetenz) ....	89
7. Unvereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	91
8. Probleme beim Vollzug von Verbotsentscheidungen .....	92
9. Fehlen eines umfassenden Rechtsschutzsystems .....	93
<b>II. Frühere Vorschläge zur Verbesserung der Institutionsstruktur .....</b>	<b>94</b>
1. Die Vorschläge in den sechziger und siebziger Jahren .....	94
2. Neuere Vorschläge .....	95
<b>III. Zwischenergebnis .....</b>	<b>96</b>
<b>E: Lösungsmodelle für das europäische Wettbewerbsrecht .....</b>	<b>97</b>
<b>I. Die unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen vorgestellten institutionellen Gefüge .....</b>	<b>97</b>
1. Staatsstruktur .....	97
2. Wettbewerbsverständnis .....	99
<b>II. Erkenntnisse für eine Modellbildung .....</b>	<b>101</b>
1. Zentrale versus dezentrale Behörde .....	102
2. Politisches Organ versus unabhängige Behörde .....	102
<b>III. Definitionen und Prämissen .....</b>	<b>103</b>
1. Definitionen .....	103
2. Prämissen .....	104
<b>IV. Modellbildung anhand des Merkmals der Ebene, auf der die Institution angesiedelt ist .....</b>	<b>106</b>
1. Zentrales Modell .....	106
2. Dezentrales Modell .....	109

<b>V. Modellbildung anhand des Merkmals der Bindung der Institution an das materielle Recht .....</b>	112
1. Politisches Modell .....	112
2. Modell der "unabhängigen Behörde" .....	114
<b>VI. Zuordnung der in den verschiedenen Ländern anzutreffenden Institutionsstrukturen zu den definierten Modellen .....</b>	119
1. USA .....	119
2. Großbritannien .....	120
3. Frankreich .....	120
4. Deutschland .....	120
5. Europäische Union .....	121
<b>VII. Zwischenergebnis .....</b>	121
<b>F: Beurteilung der verschiedenen Modelle unter besonderer Berücksichtigung der Anwendbarkeit auf der europäischen Ebene .....</b>	123
I. Beurteilungskriterien .....	123
1. Kartellrechtsspezifische Beurteilungskriterien .....	123
2. Allgemeine Beurteilungskriterien .....	127
II. Gewichtung der einzelnen Beurteilungskriterien? .....	136
III. Zentrales Modell .....	137
1. Vorteile .....	137
2. Nachteile .....	140
IV. Dezentrales Modell .....	142
1. Vorteile .....	142
2. Nachteile .....	145
V. Politisches Modell .....	150
1. Vorteile .....	150
2. Nachteile .....	153

<b>VI. "Modell der unabhängigen Behörde"</b> .....	156
1. Vorteile .....	156
2. Nachteile .....	162
<b>VII. Zusammenfassung</b> .....	166
<b>G: Spezifische Modellbildung für die Europäische Union</b> .....	168
I. <b>Vorbemerkung</b> .....	168
II. <b>Vorzugswürdiges Modell für die Europäische Union</b> .....	170
1. Zu klärende Vorfragen .....	170
2. Das Gesamtmodell .....	194
III. <b>Ausgestaltung des institutionellen Gefüges im einzelnen</b> .....	196
1. Änderung der bestehenden materiellen Vorschriften .....	196
2. Zuständigkeit zum Vollzug der europäischen Wettbewerbsregeln .....	203
3. Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens .....	212
4. Die Befugnisse der europäischen Wettbewerbsbehörde .....	220
IV. <b>Vertragsänderung zur Umsetzung des Gesamtmodells?</b> .....	222
1. Art. 87 Abs. 1 EGV als Ermächtigung zur Umsetzung des Modells? .....	222
2. Art. 235 EGV als Ermächtigung zur Umsetzung des Modells? .....	223
3. Erfordernis einer Vertragsänderung .....	224
V. <b>Zusammenfassung</b> .....	224
<b>VI. Exkurs: Erkenntnisse für das deutsche institutionelle Gefüge</b> .....	226
1. Verstärkte Dezentralisierung .....	226
2. Einführung einer Beihilfeauffsicht durch das Bundeskartellamt .....	226
3. Harmonisierung des deutschen und europäischen materiellen Kartellrechts .....	227
<b>H: Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	229
I. <b>Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen</b> .....	229
II. <b>Ausblick</b> .....	234
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	<i>XXVII</i>

## **Detaillierte Gliederung:**

<b>A: Einleitung .....</b>	1
I. Einführung und Problemstellung .....	1
II. Vorgehensweise .....	4
III. Definitionen .....	5
1. Wettbewerbsrecht .....	6
2. Kartellrechtsbegriff .....	6
3. Industriepolitik .....	6
<b>B: Das Kartellrecht und die Kartellbehörden in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland sowie anderen EU-Mitgliedsstaaten .....</b>	7
I. Vorbemerkung .....	7
II. USA .....	8
1. Das materielle Recht im Überblick .....	8
a) Kartelle, vertikale Verträge und Monopole .....	8
b) Mißbrauchsaufsicht .....	8
c) Fusionskontrolle .....	9
d) Territorialer Anwendungsbereich der Antitrust-Vorschriften .....	10
2. Der institutionelle Aufbau .....	10
a) The Antitrust-Division of the U.S. Department of Justice .....	10
b) The Federal Trade Commission .....	10
c) The State Attorneys-General .....	11
d) Koordination und Kooperation zwischen den einzelnen Institutionen .....	11
3. Die Zuständigkeit .....	12
a) Die Antitrust Division of the Department of Justice .....	12
b) Die Federal Trade Commission .....	12
c) The State Attorneys-General .....	13
4. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	13
a) Das Verwaltungsverfahren .....	13
aa) Auf der Bundesebene .....	13
aaa) Allgemeiner Verfahrensablauf .....	13
bbb) Verfahrensablauf im Bereich der Fusionskontrolle .....	16
bb) Auf der Ebene der Einzelstaaten .....	19
b) Gerichtliche Überprüfung der Verwaltungsentscheidungen .....	19

5. Straf- und Zivilverfahren .....	19
a) Strafverfahren .....	19
b) Zivilverfahren .....	20
6. Zwischenergebnis .....	20
<b>III. Großbritannien .....</b>	<b>21</b>
1. Das materielle Recht im Überblick .....	21
a) Monopole .....	21
b) Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen .....	21
c) Fusionskontrolle .....	22
2. Der institutionelle Aufbau .....	23
3. Das Verfahren .....	23
a) Monopolaufsicht .....	23
b) Fusionskontrolle .....	24
c) Fehlende gerichtliche Überprüfung der Entscheidungen .....	27
4. Zwischenergebnis .....	27
<b>IV. Frankreich .....</b>	<b>28</b>
1. Das materielle Recht im Überblick .....	28
a) Kartelle und abgestimmtes Verhalten .....	28
b) Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen .....	29
c) Zusammenschlußkontrolle .....	29
2. Der institutionelle Aufbau .....	30
a) Historische Entwicklung .....	30
b) Derzeitiger institutioneller Aufbau .....	30
aa) Wirtschaftsminister ("le Ministre chargé de l'Économie") .....	30
bb) Wettbewerbsrat ("Conseil de la Concurrence") .....	31
3. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	31
a) Kartell- und Mißbrauchsaufsicht .....	31
b) Zusammenschlußkontrolle .....	32
c) Gerichtliche Überprüfung der Verwaltungsentscheidungen .....	34
4. Zwischenergebnis .....	34
<b>V. Deutschland .....</b>	<b>36</b>
1. Das materielle Recht im Überblick .....	36
a) Wettbewerbsbeschränkende Verträge .....	36
aa) Kartelle .....	36
bb) Austausch- und Individualverträge .....	37
b) Mißbrauchsaufsicht .....	37
c) Zusammenschlußkontrolle .....	38
2. Der institutionelle Aufbau .....	39

a) Das Bundeskartellamt .....	39
b) Die Monopolkommission .....	39
c) Die Landeskartellbehörden .....	40
d) Der Bundesminister für Wirtschaft .....	40
3. Das Verwaltungs- und das zugehörige gerichtliche Verfahren .....	41
a) Das Verwaltungsverfahren .....	41
aa) Kartell- und Mißbrauchsaufsicht .....	41
bb) Zusammenschlußkontrolle .....	42
aaa) Anmeldepflicht .....	42
bbb) Anzeigepflicht .....	43
b) Die Ermittlungsbefugnisse im Verwaltungsverfahren .....	43
c) Ministererlaubnis .....	44
d) Das Gerichtsverfahren bei den Kartellsenaten der OLGe und des BGH .....	44
4. Zwischenergebnis .....	42
<b>VI. Überblick über das institutionelle Gefüge in weiteren ausgewählten Staaten .....</b>	<b>47</b>
1. Belgien .....	47
2. Niederlande .....	47
3. Italien .....	48
4. Griechenland .....	48
5. Irland .....	49
6. Österreich .....	49
7. Spanien .....	50
8. Weitere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union .....	50
9. Osteuropa .....	50
<b>VII. Zusammenfassung .....</b>	<b>51</b>
<b>C: Aufbau und Arbeitsweise der europäischen Kartellinstitutionen .....</b>	<b>52</b>
<b>I. Das materielle Recht im Überblick .....</b>	<b>52</b>
1. Kartellverbot und Mißbrauchsaufsicht (Art. 85 EGV und 86 EGV) .....	52
a) Kartellverbot (Art. 85 EGV) .....	52
b) Mißbrauchsaufsicht (Art. 86 EGV) .....	53
c) Verhältnis zu den nationalen Kartellvorschriften .....	54
2. Die Fusionskontrollverordnung .....	55
a) Entstehungsgeschichte .....	55
b) Die materiellen Vorschriften im Überblick .....	56
aa) Zusammenschluß mit gemeinschaftsweiter Bedeutung .....	56
bb) Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt .....	57
cc) Das Verhältnis der FKVO zu Art. 85 und 86 EGV .....	57

c) Verhältnis zur nationalen Fusionskontrolle .....	58
d) Bedeutung der FKVO in den kommenden Jahren .....	58
3. Weitere wettbewerbsrechtliche Vorschriften i.w.S. ....	59
a) Aufsicht über öffentliche und monopolartige Unternehmen .....	59
b) Beihilfeaufsicht .....	59
<b>II. Historische Entwicklung der Zuständigkeiten im Kartellrecht .....</b>	<b>60</b>
1. Ausgangslage bei Inkrafttreten der Römischen Verträge .....	60
2. Die Verordnung Nr. 17 .....	60
3. Neuerungen durch die Fusionskontrollverordnung .....	61
4. Das aktuelle institutionelle Gefüge .....	61
a) Die Kommission .....	61
aa) Die Generaldirektion IV .....	62
bb) Die "Merger Task Force" .....	62
b) Der "Beratende Ausschuß für die Kontrolle von Unternehmens-zusammenschlüssen" .....	62
c) Die Kartellinstitutionen der Mitgliedsstaaten .....	63
<b>III. Das Verfahren .....</b>	<b>63</b>
1. Das außergerichtliche Verfahren .....	63
a) Das Verfahren bei Art. 85 und 86 EGV .....	63
aa) Zuständigkeit .....	63
bb) Marktüberwachung und Sanktionen .....	64
cc) Freistellungen nach Art. 85 Abs. 3 EGV .....	65
aaa) Einzelfreistellung .....	65
bbb) Gruppenfreistellung .....	66
dd) Negativattest .....	67
ee) "Comfort Letter" .....	67
b) Das Verfahren bei der Fusionskontrolle .....	69
aa) Vorverfahren .....	70
bb) Hauptverfahren .....	70
c) Untersuchungsbefugnisse .....	71
2. Das gerichtliche Verfahren .....	73
a) Das Hauptsacheverfahren .....	73
aa) Das Europäische Gericht der ersten Instanz .....	73
bb) Revision zum Europäischen Gerichtshof .....	74
cc) Inzidente Überprüfung durch die nationalen Gerichte .....	74
b) Vorläufiger Rechtsschutz .....	75
<b>IV. Zusammenfassung .....</b>	<b>75</b>

<b>D: Kritik am institutionellen Aufbau im europäischen Kartellrecht .....</b>	<b>77</b>
<b>I. Kritik am derzeitigen institutionellen Aufbau .....</b>	<b>77</b>
1. Überlastung der Generaldirektion IV .....	77
a) Lange Wartezeiten und geringe Zahl bearbeiteter Fälle .....	77
b) Erfordernis von Verwaltungsentscheidungen <i>praeter legem</i> .....	78
aa) "Comfort Letter" .....	79
bb) Vereinfachtes Widerspruchsverfahren .....	79
cc) Bagatellbekanntmachung .....	80
dd) Bedeutung von Formblatt CO .....	80
c) Keine wirklich präventive Kontrolle von Zusammenschlußvorhaben .....	81
d) Aus der Überlastung resultierende Planungsunsicherheit .....	82
2. Mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse .....	82
a) Entscheidungen eines politischen Organs .....	82
b) Anwendung informeller Verfahren .....	83
3. Unvereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip .....	84
a) Gleichzeitige Beteiligung der Kommission am legislativen Prozeß .....	84
b) Verordnungsgebungskompetenz bei Gruppenfreistellungen .....	86
4. Überwiegen industrie-politischer Entscheidungen .....	86
a) Fehlen konkreter Vorgaben im EG-Vertrag und in der FKVO .....	86
b) Bisherige Entscheidungspraxis der Kommission .....	87
5. Die Kommission als allein maßgebliche Akteurin im Kartellrecht .....	88
6. Die Kommission als politisches Kollegialorgan (Sachkompetenz) ....	89
a) Kollegialentscheidung .....	89
b) Entscheidungen eines politischen Gremiums .....	90
c) Fehlende Sachkompetenz der entscheidenden Kommissare .....	90
7. Unvereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	91
8. Probleme beim Vollzug von Verbotsentscheidungen .....	92
9. Fehlen eines umfassenden Rechtsschutzsystems .....	93
a) Keine generelle Klagebefugnis von betroffenen Wettbewerbern ...	93
b) Kein präventiver Rechtsschutz bei Negativattesten und Freistellungen .....	93
c) Kein Rechtsschutz bei informellen Verfahren .....	93
<b>II. Frühere Vorschläge zur Verbesserung der Institutionsstruktur .....</b>	<b>94</b>
1. Die Vorschläge in den sechziger und siebziger Jahren .....	94
2. Neuere Vorschläge .....	95
<b>III. Zwischenergebnis .....</b>	<b>96</b>

<b>E: Lösungsmodelle für das europäische Wettbewerbsrecht .....</b>	<b>97</b>
<b>I. Die unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen vorgestellten institutionellen Gefüge .....</b>	<b>97</b>
1. Staatsstruktur .....	97
a) Staaten mit zentralistischer Struktur .....	98
aa) Großbritannien .....	98
bb) Frankreich .....	98
b) Staaten mit föderalem System .....	98
aa) USA .....	98
bb) Deutschland .....	99
2. Wettbewerbsverständnis .....	99
a) Großbritannien .....	100
b) Frankreich .....	100
c) Deutschland .....	100
d) USA .....	101
<b>II. Erkenntnisse für eine Modellbildung .....</b>	<b>101</b>
1. Zentrale versus dezentrale Behörde .....	102
2. Politisches Organ versus unabhängige Behörde .....	102
<b>III. Definitionen und Prämissen .....</b>	<b>103</b>
1. Definitionen .....	103
a) "Behörde" .....	103
b) "Politisches Organ" .....	103
c) "Institution" .....	104
d) "Gliedstaat" .....	104
2. Prämissen .....	104
a) Erforderlichkeit einer europäischen Wettbewerbsaufsicht .....	104
b) Ausrichtung des Modells auf ein föderales Staatsgebilde .....	105
c) Gliedstaaten mit föderaler und zentralistischer Struktur .....	105
d) Existenz von Kartellrechtsvorschriften auf der Zentralebene und der Gliedstaatenebene .....	105
e) "Demokratisches Defizit" der Organe des Zentralstaates .....	106
<b>IV. Modellbildung anhand des Merkmals der Ebene, auf der die Institution angesiedelt ist .....</b>	<b>106</b>
1. Zentrales Modell .....	106
a) Vorstellung des Modells .....	106
b) Konkrete Ausgestaltung auf der Ebene der Europäischen Union ..	107
2. Dezentrales Modell .....	109
a) Vorstellung des Modells .....	109
b) Konkrete Ausgestaltung auf der Ebene der Europäischen Union ..	110

<b>V. Modellbildung anhand des Merkmals der Bindung der Institution an das materielle Recht .....</b>	112
1. Politisches Modell .....	112
a) Vorstellung des Modells .....	112
b) Vergleichbarkeit mit dem aktuellen europäischen Modell .....	114
2. Modell der "unabhängigen Behörde" .....	114
a) Vorstellung des Modells .....	114
aa) Vorbernerkung .....	114
bb) Definition .....	115
b) Konkrete Ausgestaltung auf der Ebene der Europäischen Union ..	118
<b>VI. Zuordnung der in den verschiedenen Ländern anzutreffenden Institutionsstrukturen zu den definierten Modellen .....</b>	119
1. USA .....	119
2. Großbritannien .....	120
3. Frankreich .....	120
4. Deutschland .....	120
5. Europäische Union .....	121
<b>VII. Zwischenergebnis .....</b>	121
<b>F: Beurteilung der verschiedenen Modelle unter besonderer Berücksichtigung der Anwendbarkeit auf der europäischen Ebene .....</b>	123
<b>I. Beurteilungskriterien .....</b>	123
1. Kartellrechtsspezifische Beurteilungskriterien .....	123
a) Realisierung des wettbewerbspolitischen Auftrags .....	123
b) Gewährleistung von Rechtssicherheit bei den Unternehmen .....	124
c) Effizienz hinsichtlich der Durchsetzung der Kartellrechtsnormen ..	125
d) Expertise für die zu untersuchenden Tatbestände .....	125
e) Wahrung des legitimen Geheimhaltungsbedürfnisses der Unternehmen .....	126
f) Harmonisierung der Vorschriften der Zentrale und der Gliedstaaten .....	126
g) Gewährleitung und Effektivität einer extraterritorialen Kontrolle ..	126
2. Allgemeine Beurteilungskriterien .....	127
a) Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	127
aa) Begriff und historische Entwicklung .....	128
bb) Der Subsidiaritätsgedanke im Europarecht (Art. 3b S.2 EGV)	129
cc) Definition des hier verwendeten Subsidiaritätsbegriffs .....	131
b) Vereinbarkeit mit dem Rechtsstaatsprinzip .....	132
aa) Rechtssicherheit .....	132
bb) Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens .....	133
cc) Rechtsschutzgarantie .....	133

c) Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip .....	133
d) Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip .....	134
e) Akzeptanz der Entscheidungen der Institution .....	135
f) Verringerung des Bürokratismus .....	135
g) Finanzierbarkeit .....	136
<b>II. Gewichtung der einzelnen Beurteilungskriterien? .....</b>	<b>136</b>
<b>III. Zentrales Modell .....</b>	<b>137</b>
1. Vorteile .....	137
a) Verstärkte Berücksichtigung der zentralen Interessen .....	137
b) Erleichterung der Ausübung einer extraterritorialen Kontrolle .....	137
c) Eigene Gestaltungsmöglichkeit des Zentralstaats .....	138
d) Kleinerer Verwaltungsapparat .....	138
e) Geringerer Finanzierungsaufwand .....	138
f) Geheimhaltung schützenswerter Industriegeheimnisse .....	139
g) Größere Effizienz hinsichtlich der Umsetzung der Normen .....	139
h) Größere Rechtssicherheit bei den betroffenen Unternehmen .....	140
2. Nachteile .....	140
a) Fehlen von Marktnähe und spezifischen Kenntnissen der Gliedstaaten .....	140
b) Geringere Berücksichtigung der Interessen der Gliedstaaten .....	141
c) Fehlende demokratische Legitimation der Entscheidungen .....	141
d) Unvereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	141
e) Geringere Akzeptanz der Entscheidungen in den einzelnen Gliedstaaten .....	142
f) Insbesondere fehlende Akzeptanz in Gliedstaaten mit föderaler Tradition .....	142
<b>IV. Dezentrales Modell .....</b>	<b>142</b>
1. Vorteile .....	142
a) Höhere Akzeptanz bei den Regierungen der Gliedstaaten mit zentraler Struktur .....	142
b) Höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung und betroffenen Unternehmen .....	143
c) Größere Marktnähe .....	143
d) Stärkere Berücksichtigung der Besonderheiten der Gliedstaaten ..	144
e) Harmonisierung der Vorschriften der Zentrale und der Gliedstaaten .....	144
f) Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips .....	144
2. Nachteile .....	145
a) Verstärkte Berücksichtigung von Partikularinteressen .....	145
b) Akzeptanzprobleme bei Entscheidungen, die mehrere Gliedstaaten betreffen .....	146

c) Größerer Verwaltungsapparat und bürokratischer Aufwand .....	146
d) Höhere Finanzierungskosten .....	147
e) Geringere Akzeptanz einer extraterritorialen Kontrolle .....	147
f) Koexistenz von zwei eventuell divergierenden Kartellrechtssystemen .....	148
g) Fehlende Effizienz des Vollzugs durch Kompetenzstreitigkeiten ..	148
h) Größere Gefahr der "Industriespionage" .....	149
i) Tendenz zu uneinheitlichen Entscheidungen .....	149
j) Keine Organisationshoheit der Zentrale zur Ausgestaltung der Institution .....	150
<b>V. Politisches Modell .....</b>	<b>150</b>
1. Vorteile .....	150
a) Geringerer Finanzierungsaufwand .....	150
b) Vermeidung von Bürokratismus .....	151
c) Keine Fixierung eines bestimmten Wettbewerbssystems .....	151
d) Möglichkeit zu einer aktiven und gestaltenden Industriepolitik ....	151
e) Höhere Akzeptanz in Gliedstaaten mit industriellem Ansatz .....	152
f) Demokratische Legitimation der Entscheidungsträger .....	152
g) Politische Rechenschaftspflicht der Entscheidungsträger .....	152
2. Nachteile .....	153
a) Manipulation der politischen Entscheidung durch Lobbying .....	153
b) Besetzung der maßgeblichen Positionen nach politischer Opportunität .....	153
c) Gegebenenfalls Erfordernis von Kollegialentscheidungen .....	154
d) Intransparenz der getroffenen Entscheidungen .....	154
e) Rechtsunsicherheit durch mangelnde Vorhersehbarkeit .....	154
f) Verstoß gegen den Gewaltenteilungsgrundsatz .....	155
g) Tendenz zu industriellem motivierten Entscheidungen .....	155
h) Keine effektive Rechtsschutzmöglichkeit .....	156
<b>VI. "Modell der unabhängigen Behörde" .....</b>	<b>156</b>
1. Vorteile .....	156
a) Besetzung nach Sachkompetenz .....	156
b) Unparteilichkeit aufgrund der Entpolitisierung der Entscheidungen .....	157
c) Erschwerte Einflußnahme durch Lobbying .....	157
d) Kein Erfordernis von Kollegialentscheidungen .....	158
e) Transparenz der Entscheidungsprozesse und damit Rechtssicherheit .....	158
f) Einheitlichkeit der Entscheidungen .....	158
g) Effektive Umsetzung der Zielvorgaben .....	159

h) Eignung für ein Staatsgebilde, das umfassenden Wettbewerbs- schutz anstrebt .....	159
i) Trennung zwischen Verwaltungsentscheidung und nachgeordne- ter industriepolitischer Gnadenentscheidung möglich .....	160
j) Rechtsschutzsicherungsfunktion des Verwaltungsverfahrens .....	160
k) Nachgeschalteter gerichtlicher Rechtsschutz .....	161
l) Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip .....	161
m)Modellcharakter für eine internationale Wettbewerbskontrolle .....	162
<b>2. Nachteile .....</b>	<b>162</b>
a) Höherer Finanzierungsaufwand .....	162
b) Undurchführbarkeit bei Nichtvorliegen gefestigter Wettbewerbs- vorgaben .....	163
c) Fixierung einer bestimmten Wettbewerbspolitik .....	163
d) Fehlende Flexibilität durch Bindung an Normen .....	164
e) Schlechtere Akzeptanz in Gliedstaaten mit industrie-politischem Ansatz .....	164
f) Fehlende demokratische Legitimation der unabhängigen Behörde	165
g) Personalgerangel bei der Besetzung der maßgeblichen Positionen	165
h) Problem der Kontrolle der Kontrolleure .....	165
<b>VII. Zusammenfassung .....</b>	<b>166</b>
<b>G: Spezifische Modellbildung für die Europäische Union .....</b>	<b>168</b>
<b>I. Vorbemerkung .....</b>	<b>168</b>
<b>II. Vorzugswürdiges Modell für die Europäische Union .....</b>	<b>170</b>
<b>1. Zu klärende Vorfragen .....</b>	<b>170</b>
a) Zentrale contra dezentrale Institution .....	170
aa) Wettbewerbspolitik als zentrale Aufgabe? .....	171
aaa) Erforderlichkeit einer zentralen Wettbewerbsaufsicht ....	171
bbb) Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip .....	172
bb) Praktische Erwägungen, die für die Umsetzung des "zentra- len Modells" sprechen .....	173
cc) Umsetzung des "zentralen Modells" .....	174
dd) Modifikationen durch Übernahme dezentraler Elemente .....	174
aaa) Keine Aufgabe der mitgliedsstaatlichen Kartellrechtsre- gime .....	175
bbb) Verweisungsmöglichkeit bei geringer Bedeutung oder besonderem nationalem Interesse .....	176
ccc) Einstandsrecht der nationalen Institutionen bei Untätig- keit .....	177
ddd) Schwellenwerte als Mittel zur Stärkung der dezentralen Kompetenz .....	178
eee) Beweislastverteilung hinsichtlich der Befassungs- und Entscheidungskompetenz .....	179

fff) Errichtung von Regionalbüros .....	180
ggg) Diskussionsforum für Funktionsträger europäischer und nationaler Institutionen .....	181
b) Wettbewerbsschutz contra Industriepolitik .....	181
aa) Wettbewerbspolitik als primäre Aufgabe einer europäischen Kartellinstitution .....	182
bb) Weitere Erwägungen, die für das "Modell der unabhängigen Behörde" sprechen .....	183
aaa) Umsetzung des Gewaltenteilungsprinzips auf europäi- scher Ebene .....	183
bbb) Zunehmende Zahl unabhängig ausgestalteter Behörden auf europäischer Ebene .....	184
cc) Umsetzung des "Modells der unabhängigen Behörde" .....	185
dd) Modifikationen durch Übernahme von Elementen des "politi- schen Modells" .....	186
aaa) Verbleiben des Gruppenfreistellungsmonopols bei der Kommission .....	186
bbb) Bildung von Spruchkörpern .....	187
ccc) Gnadenentscheidung des Wettbewerbskommissars oder der Kommission .....	188
ee) Weitere Modifikationen zur Vermeidung systemimmanenter Nachteile .....	190
aaa) Monopolkommission .....	191
bbb) Demokratisches Ernennungsverfahren für Mitglieder der Spruchkörper .....	192
ccc) Regelmäßiger Wechsel der Mitglieder der Spruchkörper .....	192
ddd) Vorgabe einer Verfahrensverordnung für die unab- hängige Behörde .....	193
eee) Notwendigkeit eines nachgeschalteten umfassenden ge- richtlichen Verfahrens .....	193
2. Das Gesamtmodell .....	194
<b>III. Ausgestaltung des institutionellen Gefüges im einzelnen .....</b>	<b>196</b>
1. Änderung der bestehenden materiellen Vorschriften .....	196
a) Erlass von ausdrücklichen Verbotsverfügungen bei Art. 85 Abs. 1, 86 EGV .....	196
b) Genehmigungsverfügungen neben Verbots- bzw. Untersagungs- verfügungen .....	197
c) Erlass einer "Rahmenverordnung" für Gruppenfreistellungsver- ordnungen .....	197
d) Einführung einer präventiven Fusionskontrolle .....	198
e) Behutsames Absenken der Schwellenwerte für das Eingreifen der FKVO .....	198
f) Vertragliche Verankerung der informellen Verfahren .....	199

g) Definition der Tatbestandsvoraussetzung "gemeinschaftsweite Bedeutung" .....	199
h) Grundsatz: Europäisches Wettbewerbsrecht verdrängt nationales Recht .....	201
i) Schaffung zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche .....	201
j) Unmittelbare Rückforderung rechtswidriger Beihilfen durch die europäische Behörde .....	202
2. Zuständigkeit zum Vollzug der europäischen Wettbewerbsregeln ....	203
a) Aufgabenverteilung zwischen Kommission und unabhängiger Behörde .....	204
aa) Zuständigkeit der Behörde für das gesamte Wettbewerbsrecht	204
bb) Bei der Kommission verbleibende Kompetenzen .....	204
b) Ermittlung des anwendbaren Rechts anhand der Kartellverordnung .....	205
c) Ermittlung der zuständigen Institution .....	205
aa) Grundsatz: Zuständigkeit der europäischen Behörde .....	206
bb) Ausnahme: Dezentraler Vollzug der europäischen Kartellvorschriften .....	206
cc) Subsidiäre Zuständigkeit der nationalen Behörden bei Untätigkeit .....	208
dd) Rückausnahme: Vereinbarte Zuständigkeit der europäischen Behörde .....	208
d) Bildung eines Gremiums, das verbindlich über Zuständigkeit entscheidet .....	210
3. Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens .....	212
a) Die Europäische Wettbewerbsaufsicht .....	212
aa) Das Verwaltungsverfahren .....	212
aaa) Keine Fachaufsicht durch die Kommission .....	212
bbb) Überarbeitung des Formblatt CO .....	213
ccc) Verfahrensvorschriften für die informellen Verfahren ....	213
ddd) Veröffentlichung der Ergebnisse der informellen Verfahren .....	213
eee) Keine verwaltungsinterne Widerspruchsmöglichkeit ....	214
bb) Das gerichtliche Verfahren .....	214
aaa) Umfassender Rechtsschutz durch das EuG .....	215
bbb) Aufnahme der europäischen Wettbewerbsbehörde in den Klagekatalog .....	217
ccc) Aktivlegitimation der nationalen Kartellinstitutionen ....	217
ddd) Vorläufiger Rechtsschutz .....	218
eee) Revision zum EuGH .....	218

b) Die Wettbewerbsaufsicht der Mitgliedsstaaten .....	218
aa) Vermeidung einer Doppelkontrolle durch mehrere Mitglieds- staaten .....	219
bb) Kein Weisungsrecht der europäischen Behörde .....	219
cc) Schaffung eines europäischen Forums für nationale Kartell- beamte .....	220
4. Die Befugnisse der europäischen Wettbewerbsbehörde .....	220
<b>IV. Vertragsänderung zur Umsetzung des Gesamtmodells?</b> .....	222
1. Art. 87 Abs. 1 EGV als Ermächtigung zur Umsetzung des Modells? .....	222
2. Art. 235 EGV als Ermächtigung zur Umsetzung des Modells? .....	223
3. Erfordernis einer Vertragsänderung .....	224
<b>V. Zusammenfassung</b> .....	224
<b>VI. Exkurs: Erkenntnisse für das deutsche institutionelle Gefüge</b> .....	226
1. Verstärkte Dezentralisierung .....	226
2. Einführung einer Beihilfeaufsicht durch das Bundeskartellamt .....	226
3. Harmonisierung des deutschen und europäischen materiellen Kar- tellrechts .....	227
<b>H: Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	229
<b>I. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen</b> .....	229
<b>II. Ausblick</b> .....	234
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	<i>XXVII</i>